

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d

## Inhalt

Anke Fuchs MdB, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, zur Kürzung des Mutterschaftsgeldes: Wahlfreiheit zwischen Beruf und Familie ist dahin. Seite 1

Dr. Vera Rüdiger, Hessischer Minister für Bundesangelegenheiten, kritisiert die Weigerung der Bundesregierung, die Beteiligung an den Kurkosten aufzuheben. Seite 3

Rudolf Müller MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der SPD-Bundestagsfraktion, kommentiert die EG-Zahlungsunfähigkeit und die Reaktion der Bundesregierung: Wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Seite 5

Dietrich Sperling MdB kritisiert die Abschaffung des Essens-Zuschusses in den Bundesministerien: Sonderopfer der "Kleinen". Seite 6

38. Jahrgang / 213

7. November 1983

### Kürzung des Mutterschaftsgeldes

Auch die "neue Verpackung" kann den unsozialen Charakter dieser Maßnahme nicht verschleiern

Von Anke Fuchs MdB  
Stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen  
Bundestagsfraktion

Im letzten Sommer gab es in der Rechtskoalition reichlich Theater. Die Diskussion über Kürzungen des Mutterschaftsgeldes geriet zur Posse - allerdings nicht zu einer besonderen Belustigung für die arbeitenden Mütter, die schwer bestraft werden. Immer neue Variationen wurden geboren, klar war für die Rechtskoalition: Das Mutterschaftsgeld und/oder der Mutterschaftsurlaub sollten gekürzt werden. Der vorläufig letzte Stand: Das Mutterschaftsurlaubsgeld soll vier Monate lang gezahlt werden, der Betrag wird aber um 240 auf 510 DM monatlich gekappt, das sind exakt 32 Prozent.

Was CDU/CSU für die jungen Mütter jetzt ausgetüftelt haben, ist kein neues Angebot, denn materiell hat sich fast nichts verändert. Mit der neuen Verpackung sollte der Versuch gemacht werden, der harten Kritik zu begegnen, nur: Da sich aber inhaltlich so gut wie nichts bewegt hat, kann die Kritik nicht verstummen. Die Union hat mit der massiven Kürzung des Mutterschaftsgeldes der Lohnersatzfunktion beraubt, von einem echten Wahlrecht zwischen Beruf und Familie kann überhaupt keine Rede mehr sein.



Der Mutterschaftsurlaub, erst vor wenigen Jahren von der sozial-liberalen Koalition eingeführt, hat sich seither außerordentlich bewährt. Die Lohnausfallerstattung von 750 DM monatlich und der Kündigungsschutz haben den Müttern die Möglichkeit einer echten Wahlfreiheit zwischen Beruf und Familie eröffnet, zumindest für ein halbes Jahr nach der Geburt eines Kindes. Das war in der Tat eine sinnvolle Weiterentwicklung der Mutterschutzgesetzgebung. Nahezu alle Arbeitnehmerinnen mit Kleinkindern haben das auch so verstanden. Der ständige Konflikt zwischen Beruf und Familie konnte so wesentlich entschärft werden.

Der Sparkurs der Rechtskoalition, die Umverteilung von unten nach oben, ist sozialpolitisch völlig unausgewogen und beschäftigungspolitisch unsinnig. Die massive Kürzung des Mutterschaftsgeldes ist dafür ein weiteres Beispiel. Sie zwingt die Mütter, nach Ende der Mutterschutzfrist weiterzuarbeiten. Das ist aus familienpolitischer Sicht völlig verfehlt, die Folge auf den Arbeitsmarkt muß sein, daß der Verdrängungswettbewerb weiter zunimmt, deshalb wird auch mehr Arbeitslosengeld zu zahlen sein, das kalkulierte Sparvolumen kann nicht erzielt werden. Viele Frauen müssen früher an den Arbeitsplatz zurückkehren oder können sich die zeitweilige Aufgabe des Arbeitsplatzes nun nicht mehr leisten. Das ist der "Erfolg" der "neuen Pläne" für das Mutterschaftsgeld. (-/7.11.1983/ks/rs)

+ + +



Belastungen bleiben  
-----

Bundesregierung weigert sich Kurbeteiligungen aufzuheben

Von Dr. Vera Rüdiger

Hessischer Minister für Bundesangelegenheiten

Im Haushaltsbegleitgesetz 1983 hatte die Regierung Kohl/Genscher die Einführung einer Eigenbeteiligung von zehn Mark je Kalendertag bei Kuren vorgeschlagen. Diese gesundheitspolitisch bedenkliche Belastung kurbedürftiger Personen hatte gegen die Stimmen Hessens und der anderen SPD-regierten Länder die Mehrheit der unions-regierten Länder im Bundesrat und die Mehrheit des Bundestages bei den Fraktionen von CDU/CSU und FDP gefunden. Die Eigenbeteiligung wurde Gesetz. Alle Warnungen vor negativen gesundheitspolitischen Folgen wurden von der Bonner Regierungskoalition in den Wind geschlagen. Selbst das wichtige mittelstandspolitische Argument, daß durch den absehbaren Rückgang der Zahl der Kurgäste die Existenz von Kurbetrieben und von Geschäften sowie die mit ihnen verbundenen Arbeitsplätze gefährdet würde, schlug nicht durch.

Offenbar sind die Proteste und Hilferufe gegen die Eigenbeteiligungen bei Kuren aus den Kurorten inzwischen jedoch derartig unbequem geworden, daß der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion selbst und sein sozialpolitischer Sprecher eine Reise in die Kurorte Bad Soden-Salmünster und Bad Salzschlirf unternommen haben, um sich über das Problem des Rückgangs von Kuren und die Situation in Heilbädern und Kurorten zu informieren.

Nach dieser Reise wurde ein Positionspapier veröffentlicht, das verschiedene kritikwürdige Begründungen für den Rückgang der Zahl der Kuren aufzählt. Völlig unterbewertet werden darin vor allem jedoch die schädlichen Auswirkungen, die



sich aus der Einführung der Eigenbeteiligungen ergeben. Zwar wird festgestellt: "Die vom Gesetzgeber gewollte Kostendämpfung hat sich im Bereich der deutschen Heilbäder und Kurorte, vor allem wegen der Kumulierung mit konjunkturellen Schwierigkeiten, vom Bremsen zum Schleudern entwickelt." Aber aus dieser dankenswert offenen Kritik an eigenen Beschlüssen wird nicht etwa die überfällige Schlußfolgerung gezogen, die Eigenbeteiligungen wieder abzuschaffen. So konsequent möchte man sein Gesicht offensichtlich nicht verlieren. Deswegen wird dazu erklärt: "Eine Rücknahme der...die Zahl der Kuren beeinflussenden gesetzlichen Maßnahmen ist zur Zeit nicht geplant."

Wie es das neue Regierungsprinzip ist, soll erst mal abgewartet werden. Bis Ende 1984 soll sich nichts ändern, weil noch ein Erfahrungsbericht über die Selbstbeteiligungsmaßnahmen im Kurwesen abgewartet werden soll. In aller Ruhe halten die Herren Dr. Dregger und Dr. George den Rat bereit, zur Zeit könne "den Kurorten und Heilbädern insgesamt, aber auch den einzelnen Kureinrichtungen und dem Hotel- und Gaststättengewerbe nur empfohlen werden, die geringere Zahl der Sozialkurgäste möglichst durch private Kurgäste, durch entsprechende Angebote, zu ersetzen."

Guter Rat? Billig.

(-/7.11.1983/ks/rs)

+ + +



Wie ein Blitz  
-----

Die Bundesregierung zeigt sich von der EG-Zahlungsunfähigkeit völlig überrascht

Von Rudolf Müller MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der SPD-Bundestagsfraktion

Inzwischen dürfte es durch Pressemeldungen und Berichte in Funk und Fernsehen jedermann bekannt sein: Die Europäische Gemeinschaft hat kein Geld mehr, die immensen Kosten für die Agrarüberschüsse haben sie an den Rand des finanziellen Ruins gebracht. Um überhaupt irgendwie über die Runden zu kommen, wird es bis Ende des Jahres nicht mehr die in den Marktordnungen vorgesehenen Möglichkeiten geben, Vorschüsse für Prämien, Beihilfen und Erstattungen in Anspruch zu nehmen. Dieser Tatbestand ist für alle, die sich nur etwas mit dieser Materie beschäftigen, seit Wochen und Monaten abzusehen: Die EG-Finzen sind vor Jahresende erschöpft.

Die einzigen, die die Meldung von der Zahlungseinstellung aus Brüssel wie ein Blitz aus heiterem Himmel getroffen haben muß, waren wohl die Mitglieder der Bundesregierung, insbesondere der Agrarminister und seine Staatssekretäre.

Schließlich haben diese Herren mir noch am 16. September 1983 auf eine entsprechende mündliche Anfrage kurz und bündig erklärt: Die Bundesregierung geht davon aus, daß 1983 eine Zahlungsunfähigkeit der EG nicht eintreten wird.

Ja, da hat sich die Bundesregierung wohl getäuscht. Das kann vorkommen. Bedenklich muß es einen aber doch wohl stimmen, daß die Bundesregierung über eine Entwicklung, die im September bereits die Spatzen von den Dächern pfeifen, offensichtlich nicht informiert war.

Das ist selbst dieser Bundesregierung kaum zuzutrauen. Sollte sie also doch informiert gewesen sein und wider besseres Wissen geantwortet haben? Vielleicht um weiteren unangenehmen Fragen eines Abgeordneten von vornherein aus dem Wege zu gehen?

Dies allerdings wäre dann noch bedenklicher als die erste Alternative.

(-/7.11.1983/ks/rs)

+ + +



Sonderopfer der "Kleinen" oder: Die Essensmarke  
-----

Von Dietrich Sperling MdB

Das Konzept der Bundesregierung lautet: Sozialleistungen streichen und Investitionen anreizen. Die soziale Gerechtigkeit soll dabei gewahrt bleiben.

Sie bleibt - auf der Strecke.

Da, wo Investitionen angereizt werden sollen, geschieht dies durch Steuererleichterungen, die progressiv wirken.

Diese Wirkung am Beispiel Schuldzinsenabzug für Eigenheime: Der finanzielle Vorteil ist für den am größten, der ohnehin am meisten verdient und ohne Hilfe bauen könnte.

Da, wo Leistungen abgebaut werden, sollen die Lasten "auf viele Schultern" verteilt werden. Die Praxis sieht anders aus: Die "Kleinen" werden am stärksten belastet.

Aktuelles Beispiel: Die Bediensteten der Ministerien und obersten Bundesbehörden haben dieser Tage die Mitteilung erhalten, daß der "Essenkostenzuschuß von einer DM pro Tag (die "Essensmarke") zu Beginn des nächsten Jahres gestrichen wird.

Man kann lange über Sinn und Berechtigung dieser Essensmarke streiten. Fest steht: Sie ist ein fester Einkommensanteil geworden, der allen - vom Boten bis zum Bundeskanzler - zustand und in Zeiten rückläufiger Realeinkommen vor allem für die Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen wichtiger wurde.

Nun wird die Essensmarke gestrichen.

Die Wirkung: Sekretärinnen, Boten und Arbeiter verlieren ab dem 1. Januar eine DM pro Arbeitstag, das heißt ein bis 1,5 Prozent ihres verfügbaren Einkommens.

Minister und Staatssekretäre und andere hoch bezahlte Beamte verlieren ab dem 1. Januar ebenfalls eine DM pro Tag, das heißt 0,1 bis 0,2 Prozent ihres verfügbaren Einkommens.

Dieser Fall zeigt beispielhaft, wie die Sparmaßnahmen wirken: Alle werden scheinbar gleich behandelt und müssen "Opfer" bringen, mit dem Unterschied, daß ein Ziegelstein für eine Maus schwerer zu tragen ist als für einen Elefanten.

(-/7.11.1983/hj/rs)

+ + +